

Position zur aktuellen Hochschulpolitik

Studienbedingungen

Um zumutbare Studienbedingungen zu schaffen, müssen die Hochschulen ausgebaut und ihre technische und personelle Ausstattung verbessert werden. Hierzu gehört auch die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Besetzung der Hochschulorgane sowie eine stärkere Autonomie der Hochschulen. Hierbei sollte allerdings im Sinne der Chancengerechtigkeit eine zu starke Profilbildung vermieden werden, damit es nicht zur Bildung vermeintlicher „Eliteuniversitäten“ kommt. Außerdem ist zu befürchten, dass technische und wirtschaftliche Studiengänge aufgrund von Förderinteressen der freien Wirtschaft höher bewertet werden als andere, wie z. B. Geisteswissenschaften oder Kunst. Die kulturelle und gesellschaftskritische Entwicklung unseres Landes wäre damit perspektivisch gefährdet.

Bei steigenden Lohnkosten, Inflation, vor allem aber steigenden Studierendenzahlen sind inzwischen immer mehr Fakultäten an einem Punkt angekommen, ab welchem die Qualität von Lehre und Forschung nicht mehr gewährleistet werden kann. Auslaufende Verträge von HochschulmitarbeiterInnen werden nicht verlängert, wodurch Lehrstühle schon jetzt nur noch aus der Professorenstelle bestehen. Dies führt u. a. zu einer Verlängerung der Studienzeiten, weil die Betreuung von Abschlussarbeiten nicht gewährleistet werden kann.

Die Situation wird besonders verschärft durch die laufende Ost-West-Angleichung der Löhne. All dies führt zu kontinuierlicher Schmälerung der Kursangebote, zu einem permanenten Qualitätsverlust der Lehre – und macht es immer unwahrscheinlicher, ein Studium überhaupt noch in der Regelstudienzeit beenden zu können.

Anerkennung von Studienabschlüssen/BA Definition Erststudium (bis MA)

Die Einführung der neuen Studienabschlüsse BA und MA soll dazu beitragen, dass die deutschen Studierenden international „wettbewerbsfähig“ werden. Gleichzeitig soll hier eine europäische Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleistet werden. An den Hochschulen werden jedoch oft die bisherigen Diplom- Abschlüsse einfach in ein BA - Studium „transformiert“, auf welches für einen nur geringen Teil von Studierenden ein sogenanntes Master-Studium folgt. Dadurch wurde die bisherige hochschulische Erstausbildung in zwei Studiengänge geteilt.

Der Landesjugendring Thüringen e. V. versteht unter einem Erststudium eine Hochschulausbildung, welche das BA - und das MA - Studium umfasst.

Die Einführung der Studienabschlüsse hat zu einer weiteren Verschärfung der finanziellen und strukturellen Probleme der Universitäten geführt. Die Umwandlung der Abschlüsse ist nicht für jedes Studienfach geeignet. Speziell die technischen Studiengänge an den Fachhochschulen sind nicht BA tauglich. Die jetzt schon

zeitaufwändigen Studiengänge sollen noch stärker gerafft werden. Viele Professoren halten dies für nicht machbar.

Der Abschluss BA in einem technischen Studienfach an einer FH wäre nicht nur ein reiner Theorieabschluss, sondern auch eine schlechte Grundlage auf dem Arbeitsmarkt. Die Unternehmen in dieser Branche bilden für dieses Stellenangebot selber technische Assistenten aus, welche meist an das Unternehmen und dessen Arbeit gewöhnt sind. Somit bestehen für BA Absolventen schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Situation trifft auch auf Studienfächer an den Universitäten zu, z. B. Rechtswissenschaften.

Die Chancen der Studierenden auf dem Arbeitsmarkt werden u.a. dadurch verschlechtert, dass nicht alle neuen Studienabschlüsse durch den Freistaat anerkannt sind. So kommt es vor, dass BA Absolventen als „ungelernt“ eingestellt werden.

Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland auch weiterhin einen der hinteren Plätze ein, wenn es um die Zahl der Hochschulzugänge geht. Um die Chancengleichheit aller sozialen Schichten auf Bildung zu wahren, sollte neben einer Reform des selektiven Schulsystems auch die Möglichkeit bestehen, mit einem Berufsabschluss den Zugang zum Hochschulstudium zu erwerben.

Studienfinanzierung

Die Diskussion um Studiengebühren kann nicht losgelöst von den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden geführt werden. Die Chancengerechtigkeit muss für alle Studierenden gewahrt werden. Die oftmals langen Studienzeiten begründen sich u.a.:

- aus unzureichenden Bedingungen und mangelnder Studienorganisation,
- daraus, dass Studierende ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten müssen.

Deshalb fordert der Landesjugendring Thüringen e. V. schon seit längerem (siehe Regierungsprogramm 2004) die Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung. Damit meinen wir eine steuerfinanzierte Leistung, die jungen Menschen bis zum Erreichen eines Ausbildungsabschlusses bzw. während der Regelstudienzeit zusteht.

Die aktuelle Diskussion um die Einführung der Studiengebühren geht oft am Kern des Problems vorbei. Lange Studienzeiten sind häufig schlicht durch die Bedingungen an den Hochschulen verursacht. Überfüllte Hörsäle, schlecht ausgestattete Bibliotheken, zu wenig Professoren und daraus resultierend zu wenige Angebote von Veranstaltungen behindern bzw. verhindern einen zügigen Studienabschluss.

Die derzeit schon signifikante Unterrepräsentanz von Studierenden aus sozial schwachen Familien würde mit der Einführung von Gebühren noch weiter verstärkt. Studieren ist schon jetzt vor allem eine Frage des Portemonnaies.

Die Studierenden erhalten in Thüringen eine indirekte Studienförderung durch die Studentenwerke mit ihren Mensen, Wohnheimen und Beratungsdiensten. Die

Studentenwerke sind daher bei einer Diskussion um Studienbedingungen nicht zu vernachlässigen. Zuschusskürzungen im Haushalt 2003/2004 des Landes Thüringen für die Studentenwerke führen zu einer Mehrbelastung der Studierenden durch erhöhte Semesterbeiträge und Essenspreise sowie eine Kürzung der Angebote der Studentenwerke.

Deshalb fordert der Landesjugendring Thüringen für Thüringen:

- die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung von Hochschule und Forschung als zentrale Zukunftsaufgabe durch Bund und Land;
- die Autonomie der Hochschulen bei gleichzeitiger Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Besetzung der Hochschulorgane;
- die Beibehaltung der ablehnenden Haltung des Landes zur Einführung von Studiengebühren für das Erststudium;
- die Erweiterung des Zugangs zu den Hochschulen durch die Anerkennung der beruflichen Ausbildung mit entsprechender Berufspraxis;
- die Umsetzung der Zielvorgaben der Bundesregierung, mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs eine Hochschulausbildung zu ermöglichen;
- erneute Überprüfung aller Studienfächer auf BA-Tauglichkeit und gegebenenfalls ihre Überarbeitung und Anpassung;
- Anerkennung vom BA und MA als Erststudium;
- Anerkennung aller Abschlüsse BA und MA durch den Freistaat Thüringen;
- einen ausreichenden Zuschuss für die Thüringer Studentenwerke, mindestens auf dem Niveau von 2001.

Deshalb fordert der Landesjugendring Thüringen von der Landesregierung, sich im Bundesrat einzusetzen für:

- die ausreichende Förderung von Hochschule und Forschung als zentrale Zukunftsaufgabe;
- die Beibehaltung des bisherigen Hochschulsystems im Sinne der Chancengleichheit bei gleichzeitiger Ablehnung jeglicher Bildung von Eliteuniversitäten;
- die Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung für junge Menschen, die eine angemessene Finanzierung der Lebenshaltungskosten ermöglicht und als eigenständiges, steuerfinanziertes System realisiert wird; jedoch bis maximal zur Vollendung des 26. Lebensjahres;
- die Anerkennung von BA und MA als Erststudium im Rahmen der Kultusministerkonferenz.